

**Kommunales Wahlprogramm
2025**
der
Alternative für Deutschland
Kreisverband Remscheid





Grußwort unserer Kreissprecherin

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

Kommunalpolitik ist dort wirksam, wo wir alle leben – in unseren Städten, Gemeinden und Dörfern. Sie entscheidet über den Zustand unserer Straßen, die Qualität unserer Schulen, den öffentlichen Nahverkehr, den sozialen Zusammenhalt und den Schutz unserer Umwelt. Deshalb ist sie so wichtig – denn unsere Bürger verdienen eine klare, verlässliche und zukunftsgerichtete Politik.

Mit diesem Wahlprogramm legen wir als Kreisverband unsere Schwerpunkte und Vorhaben für die kommende Wahlperiode offen. Als AfD Remscheid setzen wir uns mit klaren Positionen und gesundem Menschenverstand für die Interessen der Bürger ein. Es ist das Ergebnis intensiver Diskussionen, engagierter Mitarbeit und dem festen Willen, unsere Region lebenswerter, nachhaltiger und gerechter zu gestalten.

Wir wollen neue Wege gehen, aber auch Bewährtes erhalten. Unser Anspruch ist, Politik **mit den Menschen – für die Menschen** zu machen. Dabei hören wir zu, stehen für Transparenz ein und suchen den Dialog auf Augenhöhe.

Ich lade Sie herzlich ein: Lesen Sie unser Programm, machen Sie sich ein Bild – und bringen Sie sich ein. Mit Ihrer Stimme, Ihrer Meinung, Ihrem Engagement!

Herzlichen Dank für Ihr Interesse und Ihre Unterstützung.

Ihre
Ulrike Heuser
Sprecherin Alternative für Deutschland
Kreisverband Remscheid



Vorwort unseres Oberbürgermeister-Kandidaten

Liebe Remscheiderinnen und Remscheider,

mein Name ist Dr. Michael Knapp. Ich bin seit 2018 im sogenannten „Unruhestand“ – und seit 2024 Mitglied der Alternative für Deutschland. Verheiratet, Vater von vier Kindern und Großvater von drei Enkelkindern, liegt mir die Zukunft unserer Stadt und ihrer Menschen ganz besonders am Herzen.

Geboren wurde ich 1953 in Wuppertal als Sohn einer kaufmännischen Angestellten und eines städtischen Oberamtsrates. Nach dem Abitur 1972 absolvierte ich zunächst den Wehrdienst, studierte anschließend Germanistik und Sportpädagogik und später Medizin. 1985 wurde ich promoviert, 1990 legte ich die Facharztprüfung in der Chirurgie ab. Nach langjähriger Tätigkeit in der Herz- und Gefäßchirurgie in Fulda und Wuppertal, arbeitete ich ab 2005 bis zu meinem Ruhestand 2018 selbstständig in einer Gemeinschaftspraxis für Herzchirurgie.

Diese Erfahrungen aus Medizin, Organisation und Personalverantwortung prägen meinen Blick auf Politik – sachlich, lösungsorientiert und verantwortungsbewusst.

Als Oberbürgermeister will ich mich mit voller Kraft für eine wirtschaftlich gesunde, lebenswerte und gerechte Stadt Remscheid einsetzen. In demokratischer Kooperation mit allen Fraktionen des Stadtrates strebe ich eine Konsolidierung der bergischen Wirtschaft im Städtedreieck an – mit dem Ziel, sichere und gut bezahlte Arbeitsplätze zu schaffen. Wohnraum muss bezahlbar bleiben und Eigentum gefördert werden.

Die Stadtverwaltung soll durch Digitalisierung und moderne Technologien effizienter und bürgernäher werden – ohne dabei die menschliche Vernunft und Erfahrung zu vernachlässigen. Zugleich will ich einen Krisenstab für das Städtedreieck initiieren, um zentrale Herausforderungen wie Bürgergeld, Integration und Migration gemeinsam zu bewältigen. Bürgergeld soll künftig stärker an Sprachkenntnisse und Integrationsbereitschaft gekoppelt werden.

Illegale Migration und kriminelle Strukturen dürfen nicht länger geduldet werden – hier braucht es Klarheit, Konsequenz und rechtstaatliche Entschlossenheit.

Ich verspreche Ihnen: Ich werde ein Oberbürgermeister für alle Remscheiderinnen und Remscheider sein – mit politischem Augenmaß, offenem Ohr und aufrichtigem Herz. Politik darf nicht abgehoben agieren, sondern muss sich nah an den Menschen und ihren Anliegen befinden.

Herzlichst,

Dr. Michael Knapp

Oberbürgermeister-Kandidat der AfD Remscheid

Inhalt

Grußwort unserer Kreissprecherin	2
Vorwort unseres Oberbürgermeister-Kandidaten	3
Präambel.....	5
Energie	5
Kitas.....	6
Bildung in Remscheid stärken – kommunal handeln, landesweit unterstützen	7
Migrationspolitik	9
Bezahlbares Wohnen ermöglichen – Eigentum fördern – Lebensräume gestalten.....	10
Mobilität und Stadtentwicklung - Freiheit erhalten, Lebensräume gestalten	10
Mobilität und Erreichbarkeit	10
Kölner Straße in Lennep.....	10
Innenstadt beleben – Remscheid stärken	10
Gesundheit erhalten – Versorgung sichern – Eigenverantwortung stärken	11
Finanzen	12
Wirtschaft & Arbeit	13
Remscheid braucht Zukunftsperspektiven.....	13
Bürokratie abbauen	13
Digital und analog in die Zukunft.....	13
Mensch und Tier	14
Infrastruktur für ein funktionierendes Remscheid.....	14
Straßen und Verkehr	14
ÖPNV und Individualverkehr	15
Radverkehr.....	15
Energieversorgung	15
Abfallentsorgung	15
Sicherheit.....	15
Mehr Präsenz, mehr Transparenz, mehr Miteinander	15
Bürgernahe Präsenz stärken.....	15
Hotspots gezielt sichern	16
Offenheit und Transparenz.....	16
Zivilcourage fördern.....	16
Natur und Umwelt – Heimat bewahren, Lebensräume schützen	16
Remscheid ist und bleibt ein Industriestandort.	16
Stadtteilforen statt Fernpolitik	17
Frühe Information statt nachträglicher Rechtfertigung.....	17
Digitale Plattform für echte Mitbestimmung	17
Politik muss transparent werden – live und nachvollziehbar	17
Wirksamkeit und Nachhaltigkeit prüfen	17
Soziales	17

Präambel

Für eine sichere, lebenswerte und zukunftsfähige Heimat.

Remscheid ist eine Stadt mit Charakter - geprägt von ehrlicher Industrie, kultureller Geschichte und Menschen, die respektvoll miteinander umgehen. Sie lebt von Bürgern, die sich täglich auf den Weg machen, um hart zu arbeiten und Verantwortung zu übernehmen - in Familie, Beruf und Ehrenamt.

Doch zugleich spüren wir die Folgen einer Politik, die an der Lebenswirklichkeit vorbeigeht. Unsere Stadt steht vor ernstzunehmenden Herausforderungen: Wirtschaftliche Unsicherheit, überbordende Bürokratie, eine wachsende Belastung durch Steuern und Abgaben sowie eine verfehlte und realitätsferne Migrationspolitik führen zu einer spürbaren Überforderung unserer kommunalen Strukturen. Wir als Alternative für Deutschland (AfD) treten für Sie an, um einen Paradigmenwechsel herbeizuführen: Für eine Politik, die sich am Wohl der Bürger orientiert – sachlich, verantwortungsvoll und ohne ideologische Scheuklappen.

Für Sie werden wir die Dinge ansprechen, die viele von Ihnen denken, aber aus Angst vor sozialer Ausgrenzung nicht mehr zu sagen wagen. Unsere Politik basiert auf gesundem Menschenverstand, Augenmaß und einem klaren Bekenntnis zu Recht, Ordnung und sozialer Verantwortung.

Ob Familien, die Sicherheit und Verlässlichkeit brauchen, Arbeitnehmer, die täglich Leistung bringen, Schüler und Auszubildende, die faire Bildungschancen verdienen, oder Rentner, die nach einem langen Arbeitsleben ein auskömmliches Leben erwarten können - unsere Politik gilt den Menschen, die dieses Land und diese Stadt tragen. Wir stehen an der Seite der Leistungsträger, der ehrlichen Bürger, die Verantwortung übernehmen und ihre Heimat nicht aufgegeben haben.

Das Gute bewahren.

Das Fehlentwickelte korrigieren.

Das Überholte erneuern.

Nur gemeinsam mit Ihrer Stimme können wir einen klaren Kurswechsel einleiten -
Für unsere Stadt, unsere Familien und unsere Zukunft!

Energie

Preiswerte und sichere Energie ist für die Bürger und die Industrie von essenzieller Bedeutung und die Voraussetzung für ein auskömmliches Leben und eine prosperierende Wirtschaft.

Kommunale Wärmeplanung

Die Stadt Remscheid hat die vorgeschriebene kommunale Wärmeplanung bereits im April 2025 verabschiedet, obwohl keine zeitliche Dringlichkeit bestand, und so vorzeitig Vorgaben für die Bürger in Kraft gesetzt. Das Ziel einer kosteneffizienten Wärmeversorgung wird verfehlt. Wärmenetze sind in Remscheid bisher kaum vorhanden, ein Ausbau ist nicht in Sicht und so bleiben die Bürger auf sich gestellt und müssen steigende Gaspreise hinnehmen oder den Einbau einer Wärmepumpe organisieren.

Der Strombedarf wird sich dadurch drastisch erhöhen, ohne dass ein entsprechen-des Leitungsnetz vorhanden ist oder eine gesicherte Versorgung zu jeder Zeit garantiert werden kann. Die erforderlichen Back-up Gaskraftwerke sind bisher über ein Planungsstadium nicht hinausgekommen.

Wir werden die Stadt auf ihre Pflicht zur Sicherung der Daseinsvorsorge hinweisen, dazu gehört

auch die sichere Versorgung mit Gas und Strom. Wir werden gemäß der gesetzlichen Vorgabe für die Wärmeplanung eine kosteneffiziente Wärmeversorgung mit einem hohen Maß an Versorgungssicherheit einfordern. Die weitere Entwicklung des Wärmeplans werden wir kritisch begleiten und hinterfragen.

Flexibel in die Zukunft

Die verfehlte Energiepolitik der letzten Jahre, die auf volatile Energien setzt, hat zu einer Verteuerung der Energie geführt. Sie wird bei zunehmendem Stromverbrauch durch Wärme und Mobilität auch zu einer Versorgungsunsicherheit führen, wie der Blackout in Spanien Ende April 2025 gezeigt hat.

Die Kommune muss daher sicherstellen, dass die Versorgung der Bürger bei einem großflächigen Stromausfall gewährleistet werden kann. Dazu gehört die Versorgung mit Wasser, Notbeleuchtung in allen Stadtteilen und Anlaufstellen in allen Quartieren. Eine zuverlässige Informationsstrategie, die alle Bürger erreicht, muss etabliert werden. Bisher scheint die Kommune die Ursachen einer möglichen Notlage noch nicht einmal erkannt zu haben und ruft die Bürger lediglich präventiv zum Energiesparen auf, was einem Blackout jedoch nicht vorbeugen kann.

Wir fordern daher eine sichere und kostengünstige Energie für die privaten Haushalte und die Wirtschaft. Diese ist nur mit einem breiten Energiemix erreichbar.

Unwirtschaftliche Technologien, die nur mit Fördermitteln betrieben werden können, lehnen wir ab. Dazu gehört auch die Anschaffung von E-Bussen, die den Strombedarf weiter ankurbeln. Den Rückbau oder die Stilllegung von vorhandenen Gasleitungsnetzen lehnen wir ab, ebenso wie das Einpreisen eines Rückbaus in Netzentgelte. Für eine gesicherte und stabile Versorgung werden sie noch lange unverzichtbar sein.

Wir fordern eine effiziente Strategie zur Sicherung der Versorgung der Stadt und lehnen kostenintensive und unwirtschaftliche Maßnahmen ab. Wir wollen, dass das Thema Energie wieder ideologiefrei betrachtet wird, und werden einer neutralen wissenschaftlichen Sicht den Weg ebnen.

Wir wissen, dass Wind- und Sonnenenergie nicht grundlastfähig sind und unter dem Strich auch nicht nachhaltig, schon gar nicht umweltfreundlich. Einer weiteren Entwicklung von Lösungen durch Wissenschaft und Forschung stehen wir offen gegenüber und werden immer fordern, nicht den zweiten Schritt vor dem ersten zu machen.

Notfallplan:

<https://rp-online.de/nrw/staedte/remscheid/remscheid-ein-blackout-bleibt-ein-realistisches-szenario-aid-118321207>

Kitas

In Remscheid ist frühkindliche Bildung von großer Bedeutung, da sie die Grundlage für den späteren schulischen und beruflichen Erfolg bildet. Die Kommune trägt die Verantwortung, dass unsere Kitas gut ausgestattet sind, über qualifiziertes Personal verfügen und ein förderliches Umfeld bieten, in dem sich die Kinder optimal entwickeln können. Neben der Entdeckung der Welt durch spielerisches Entdecken, Basteln und kreatives Gestalten sollen Kinder in den Kitas grundlegende Fähigkeiten entwickeln, die für ihre weitere Bildungsbiografie von Bedeutung sind

Kitas fördern nicht nur die emotionale Reifung und soziale Eingliederung, sondern auch die kognitive und sprachliche Entwicklung der Kinder. Ziel ist es, die Kinder so vorzubereiten, dass sie beim Eintritt in die Schule keine Schwierigkeiten beim Lesen- und Schreibenlernen haben. Durch gezielte Förderung und altersgerechte Einführung in die Welt der Buchstaben und Zahlen wird eine solide Grundlage gelegt, die es den Kindern ermöglicht, mit Selbstvertrauen in die Schule zu starten.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Sprachförderung für Kinder mit nicht-deutscher Muttersprache. Wir fordern, dass Familien, deren Kinder zu Beginn ihrer Zeit in der Kita kein Deutsch sprechen, dafür Sorge tragen, dass ihre Kinder die deutsche Sprache eigenständig erlernen. Dies entlastet die Kita-Mitarbeiter und erleichtert den Lehrkräften in den Grundschulen den Unterricht. Das Beherrschen der deutschen Sprache sollte bis zu m Eintritt in die Grundschule als Grundlage für einen erfolgreichen Schulstart vorhanden sein.

Unsere Kitas sollen Orte sein, die sich auf die wesentlichen Bildungsbedürfnisse der Kinder konzentrieren. Daher lehnen wir jede Form von ideologisch geprägter Frühförderung ab, die politische Themen wie Gender oder Klimawandel in den Fokus stellt. Die AfD setzt sich dafür ein, dass die Kitas ihren Auftrag erfüllen und den Kindern die bestmögliche Grundlage für ihre Entwicklung bieten, ohne politisch motivierte Erziehung.

Kitas sollen Kindern einen Schutzraum vor Ideologien und Gewalt in jeder Form bieten. Kinder müssen behütet und geschützt, ohne Ängste und Panikmache aufwachsen dürfen.

Die frühkindliche Bildung in Remscheid muss den Kindern helfen, ihre Talente zu entdecken, damit sie mit Freude und Sicherheit in die Schule starten können.

Bildung in Remscheid stärken – kommunal handeln, landesweit unterstützen

Ein zukunftsfähiges Schulsystem braucht klare Strukturen, Vielfalt und individuelle Förderung. Gerade in Remscheid, einer Stadt mit großer sozialer und kultureller Bandbreite, ist es Aufgabe der Kommunalpolitik, dort gezielt zu unterstützen, wo Einfluss konkret möglich ist – und sich gleichzeitig auf Landesebene für bewährte bildungspolitische Grundsätze einzusetzen.

Kommunal ist gestaltbar, was konkret vor Ort stattfindet. Dazu zählt insbesondere die Ausstattung unserer Schulen. Als Schulträger stellt die Stadt Remscheid sicher, dass Schulgebäude in gutem Zustand sind, ausreichende Räume zur Verfügung stehen und die technische Ausstattung zeitgemäß ist. Für die Offene Ganztagsbetreuung (OGS) werden geeignete Räumlichkeiten und qualifiziertes Personal benötigt. Hier setzen wir uns für eine solide kommunale Finanzierung ein und fördern die Zusammenarbeit mit Sportvereinen sowie kulturellen Einrichtungen wie Musik- und Tanzschulen. Solche Kooperationen bieten Kindern nicht nur sinnvolle Freizeitgestaltung, sondern fördern nachweislich Kreativität, Ausdauer, Teamgeist und Selbstbewusstsein – allesamt Schlüsselkompetenzen für die Persönlichkeitsentwicklung. Ganztagsangebote dürfen nicht nur Verwahrung sein, sondern sollen zur individuellen Förderung und zur ganzheitlichen Bildung beitragen.

Gleichzeitig lehnen wir die flächendeckende Einführung von Tablets oder iPads für alle Schülerinnen und Schüler ab. Der Einsatz digitaler Endgeräte im Unterricht mag punktuell sinnvoll sein, darf jedoch nicht zu einem Ersatz für grundlegende Lern- und Entwicklungsschritte im Kindesalter werden. Zahlreiche Studien zeigen, dass übermäßige Bildschirmnutzung zu

Migrationspolitik

Die Zuwanderung in die BRD und damit nach Remscheid stellt die Kommune vor eine immense Herausforderung, sowohl finanziell als auch gesellschaftlich.

Menschen, die eine Bleibeperspektive haben, sollen bei der Integration in unsere gesellschaftlichen Strukturen und den Arbeitsmarkt unterstützt werden. Hier muss die Kommune entsprechende Angebote bereitstellen, aber auch die Bereitschaft zur Integration einfordern.

Die Integration muss in den Kommunen stattfinden, doch in der Realität sind diese damit finanziell und faktisch schon lange überfordert.

Eine hohe Arbeitslosigkeit unter Migranten (teils über 50 %), unzureichende Sprachkenntnisse trotz angebotener Sprachkurse, und eine Biografie in einem grundlegend anderen gesellschaftlichen und kulturellen Kontext führen zu Belastungen in Bildungseinrichtungen und Nachbarschaften. Kinder mit eingeschränkten Deutschkenntnissen starten oft mit deutlichem Nachteil in das Bildungssystem.

Dem wollen wir mit einem Katalog an Maßnahmen entgegenwirken:

Begrenzung der Zuweisungen: Remscheid muss seine politischen Kanäle nutzen, um auf eine verbindliche Begrenzung der Zuweisungen hinzuwirken. Die Kapazitäten der zentralen Unterbringungseinrichtung (Dorint-Hotel, 350 Plätze) dürfen nicht überschritten werden.

Abbau von Anreizen zur Migration: Kommunale Leistungen dürfen keine zusätzlichen Anreize zur Zuwanderung bieten, insbesondere bei der Wohnraumbeschaffung.

Keine weiteren Immobilienankäufe oder -sanierungen zur Flüchtlingsunterbringung: Eine derartige Priorisierung bei der Wohnraumbeschaffung stößt bei den Bürgern auf völliges Unverständnis. Städtische Mittel müssen vorrangig den Bürgern dienen, die seit Jahren in Remscheid leben und ebenfalls auf bezahlbaren Wohnraum angewiesen sind.

Gleichbehandlung bei Pflichten: Auch Geflüchtete müssen sich an geltende Regeln halten – insbesondere in Bezug auf Ordnung, Sauberkeit und Verhalten im öffentlichen Raum.

Verpflichtende Sprachkenntnisse mit Prüfung: Wer dauerhaft in Remscheid leben will, muss sich verständigen können. Sprachkenntnisse mit Nachweispflicht sollen deshalb verpflichtend sein. Sozialleistungen sind an aktives Integrationsverhalten zu koppeln.

Zahlungen in Form von Sachleistungen: Bargeldlose Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz können Fehlanreize verringern und die Zweckbindung der Unterstützung sicherstellen.

Gemeinnützige Tätigkeiten für Geflüchtete: Durch gemeinnützige Aufgaben können soziale Kontakte gefördert und ein aktiver Beitrag zur Gesellschaft geleistet werden. Dies stärkt zugleich das Verständnis für gegenseitige Verantwortung.

Wir stehen für eine migrationspolitische Wende, die unsere Stadt nicht weiter überfordert, Fehlentwicklungen korrigiert und die kommunalen Strukturen entlastet – **für ein funktionierendes, faires und zukunftsfähiges Miteinander.**

Bezahlbares Wohnen ermöglichen – Eigentum fördern – Lebensräume gestalten

In Remscheid wie in ganz Deutschland sind die Kosten für Bauen und Wohnen in den letzten Jahren massiv gestiegen – eine Entwicklung, die viele Familien belastet und den Traum vom Eigenheim zunehmend unerreichbar macht. Deutschland hat im europäischen Vergleich eine der niedrigsten Eigentumsquoten – das wollen wir ändern. Als AfD Remscheid setzen wir uns dafür ein, den Erwerb von Wohneigentum wieder erschwinglich zu machen.

Wir fordern eine sichere, bezahlbare Energieversorgung, die frei von ideologischer Energiepolitik ist und zuverlässig für private Haushalte sowie Bauprojekte zur Verfügung steht. Gleichzeitig müssen Erschließungskosten fair und transparent gestaltet werden, um Neubau nicht künstlich zu verteuern. Wir wollen die Entwicklung lebenswerter, familienfreundlicher Quartiere fördern – mit guter Verkehrsanbindung, ausreichend Parkraum und funktionierender Infrastruktur. Wohnen in Remscheid soll wieder bezahlbar, sicher und zukunftsfähig sein – auch für die nächste Generation.

Mobilität und Stadtentwicklung - Freiheit erhalten, Lebensräume gestalten

Mobilität und Erreichbarkeit

Individuelle und öffentliche Mobilität waren über Jahrzehnte Motor für Freiheit, Wohlstand und gesellschaftlichen Fortschritt – für die Bürger ebenso wie für die Stadt Remscheid. Diese Mobilität gilt es zu bewahren. Wir fordern die Gleichbehandlung aller Verkehrsteilnehmer: Fußgänger, Radfahrer, Autofahrer und Nutzer des ÖPNV dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Ein funktionierender, zuverlässiger öffentlicher Nahverkehr ist dabei selbstverständlich – nicht als Ersatz, sondern als Ergänzung zum Individualverkehr.

Zunehmende Einschränkungen des PKW-Verkehrs wirken sich negativ auf schlecht erreichbare Quartiere aus. Sie benachteiligen insbesondere ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen, die häufig auf ihr Auto angewiesen sind, um eigenständig und mobil zu bleiben. Die AfD Remscheid lehnt daher ideologisch motivierte Einschränkungen des Autoverkehrs und eine weitere Verknappung des Parkraums entschieden ab.

Kölner Straße in Lennep

Die geplante Einbahnstraßenregelung auf der unteren Kölner Straße ab Kreishaus halten wir für falsch. In diesem Bereich befinden sich zwei Bankfilialen sowie mehrere Einzelhandelsgeschäfte. Eine einseitige Verkehrsführung würde den Zugang erschweren, Kundenströme verringern und Umwege verursachen. Dies gefährdet die letzten verbliebenen Bankfilialen in Lennep und schwächt den lokalen Einzelhandel. Wir fordern den Erhalt der beidseitigen Erreichbarkeit, um den Standort zu stärken.

Innenstadt beleben – Remscheid stärken

Wir begrüßen den Ankauf des ehemaligen „Sinn/Leffers“-Gebäudes durch die Stadt als ersten Schritt zur Wiederbelebung der Innenstadt. Doch dieser Impuls muss durch weitere Maßnahmen ergänzt werden. Ein lebendiges, attraktives Stadtzentrum ist entscheidend für die Identität und Anziehungskraft Remscheids.

Wir fordern daher:

- Die zügige Entwicklung und Umsetzung eines klaren Konzepts zur Aufwertung der Alleestraße
- Die Schaffung eines „Dritten Ortes“ im Bereich Sinn/Leffers – als Begegnungsstätte für Kultur, Bildung und Gemeinschaft
- Die Förderung bürgerlicher Eigeninitiativen und ein entschlossener Einsatz städtebaulicher Maßnahmen zur Steigerung der Aufenthaltsqualität

Remscheid braucht eine Innenstadt, in der man gerne verweilt, einkauft, lebt – und die mit allen Verkehrsmitteln gut erreichbar ist.

Gesundheit erhalten – Versorgung sichern – Eigenverantwortung stärken

Für uns als AfD Remscheid steht die Gesundheit der Bürger im Mittelpunkt. Deshalb setzen wir uns mit Nachdruck für den Erhalt der perinatalen Versorgung im Sana-Klinikum ein. Eine verlässliche Geburtshilfe sowie die umfassende Betreuung von Mutter und Kind müssen wohnortnah verfügbar bleiben. Die kommunale Politik darf hier nicht tatenlos zusehen – wir fordern eine klare Positionierung der Stadt und aktive Unterstützung für den Fortbestand dieser wichtigen Abteilung.

Auch darüber hinaus setzen wir uns für eine Gesundheitspolitik ein, die auf Eigenverantwortung und Freiheit statt Bevormundung setzt. Die Erfahrungen der Corona-Zeit haben gezeigt, wie wichtig der Schutz individueller Entscheidungsfreiheit ist. Jeder Mensch soll selbstbestimmt über seinen Lebensstil entscheiden können. Die Politik kann Impulse setzen – aber keine Lebensweise vorschreiben.

Wir fordern gesundheitsfördernde Angebote im öffentlichen Raum, die freiwillig, wohnortnah und für alle Altersgruppen zugänglich sind. Dazu zählen gepflegte Sportplätze, Bewegungsflächen und Fitnessmöglichkeiten im Freien ebenso wie niedrigschwellige, kostenlose Bewegungsangebote – insbesondere für Kinder, Familien und Senioren. So fördern wir ganzheitliche Gesundheit, stärken das soziale Miteinander und leisten einen konkreten Beitrag zur Prävention.

Zugleich muss Remscheid stärker in die ärztliche Versorgung investieren. Der bundesweit gültige Ärzteschlüssel benachteiligt städtische Regionen wie unsere – das wollen wir ändern. Die Stadt muss dafür sorgen, dass Remscheid als Arbeits- und Wohnort für junge Ärzte attraktiv bleibt, um auch in Zukunft eine flächendeckende Versorgung zu sichern.

Wir befürworten eine offene Haltung gegenüber bewährten naturheilkundlichen und alternativen Heilverfahren. Prävention und Gesundheitsförderung dürfen nicht auf schulmedizinische Wege beschränkt bleiben. Ergänzend zur Schulmedizin – nicht im Widerspruch zu ihr – sehen wir in ganzheitlichen Ansätzen eine wichtige Ergänzung für mehr Lebensqualität, Eigenverantwortung und individuelle Gesundheitskompetenz.

Die tägliche Arbeit von Pflegekräften und Ärzten verdient unseren größten Respekt. Viele von ihnen leisten unter hohem Druck Beeindruckendes – oft trotz widriger Bedingungen, Personalmangel und wachsender bürokratischer Hürden. Umso wichtiger ist es, die Rahmenbedingungen so zu verbessern, dass medizinisches Personal wieder mehr Zeit und Raum für das Wesentliche hat: den empathischen, menschlichen Umgang mit Patienten.

Gleichzeitig beobachten wir mit Sorge eine gesellschaftliche Entwicklung, in der Egoismus und Gleichgültigkeit zunehmen. Eine wertebasierte Erziehung und Charakterbildung sind deshalb bereits in der Schule unerlässlich. Denn wer später im Gesundheitswesen Verantwortung übernimmt, sollte nicht nur fachlich kompetent sein, sondern auch Mitgefühl, Verantwortungsbewusstsein und Menschenliebe mitbringen. Diese Haltung muss wieder einen festen Platz in Bildung und Gesellschaft bekommen.

Finanzen

Statt Endlosschulden für Asyl & Bürgergeld:

Kommunen müssen endlich wieder für ihre Bürger da sein! Deutschland steuert auf das größte kommunale Haushaltsdefizit seit der Wiedervereinigung zu – und CDU-Chef Friedrich Merz gießt mit seinem sogenannten „Investitionspaket“ unbeirrt Öl ins Feuer. Satt 500 Milliarden Euro an neuen Schulden sollen angeblich in die Infrastruktur fließen. In Wahrheit werden damit lediglich die riesigen Haushaltslöcher kaschiert, die durch eine jahrzehntelange völlig verfehlte Sozial- und Migrationspolitik entstanden sind. Die Zeche zahlen – wie so oft – die Steuerzahler. Im Jahr 2024 gaben Städte und Gemeinden unfassbare 24,8 Milliarden Euro mehr aus, als sie einnahmen. Der Löwenanteil dieser Ausgaben entfiel auf Sozialleistungen – ganze 84,5 Milliarden Euro. Besonders Bürgergeld und Asylbewerberleistungen reißen tiefe Löcher in die Haushalte. Während die Einnahmen um 7,6 Prozent stiegen, schossen die Ausgaben um 12,6 Prozent in die Höhe. Die Belastungsgrenze des Sozialsystems ist längst überschritten.

Die AfD setzt sich für eine Konsolidierung des kommunalen Haushalts ein und möchte den Fokus auf die Infrastruktur, die Bildung und die Remscheider Bürger legen. Dazu müssen alle kommunalen Ausgaben auf den Prüfstand gestellt werden.¹

Der Doppelhaushalt 2025/2026 erwartet eine neue Finanzlücke von 128 Millionen Euro. Die Gesamtverbindlichkeiten der Stadt können nur durch eine Finanzhilfe des Landes verringert werden.

Besonders steigende Sozialausgaben unter anderem für das Bürgergeld, für Transferleistungen und die Unterbringung von Flüchtlingen tragen zu dem wachsenden Defizit bei.

Was es jetzt braucht, ist ein klarer Kurswechsel: Illegale Migration muss effektiv begrenzt, die Sozialpolitik neu ausgerichtet werden. Kommunen dürfen nicht länger primär für die Versorgung von Asylbewerbern, die durch Land und Bund zugewiesen werden, zur Kasse gebeten werden. Über die Hälfte der Leistungsempfänger in Deutschland besitzt keine deutsche Staatsangehörigkeit. Die eigentliche Aufgabe der Kommunen ist der Erhalt und die Pflege der Infrastruktur. Dafür steht die AfD: wir sind bereit, Verantwortung zu übernehmen und unsere Städte wieder zu lebenswerten Orten für die eigenen Bürger zu machen.

1. Quelle AfD TV

¹ https://rp-online.de/nrw/staedte/remscheid/so-koennte-remscheid-seinen-schuldenberg-abtragen_aid-124658397https://rp-online.de/nrw/staedte/remscheid/schulden-steigen-im-remscheider-doppel-haushalt_aid-127702641

Wirtschaft & Arbeit

Remscheid braucht Zukunftsperspektiven

Leistung muss sich wieder lohnen – für Arbeitnehmer wie Arbeitgeber. Wer täglich arbeitet, Werte schafft und Steuern zahlt, hält unsere Stadt am Laufen. Diese Bürgerinnen und Bürger verdienen wieder mehr Anerkennung, Entlastung und Unterstützung. Ziel ist es, ihnen Freiräume zu verschaffen, damit sie sich auf ihre eigentliche Arbeit konzentrieren können – sei es in Handwerk, Industrie, Pflege oder im Dienstleistungssektor.

Was die Stadt konkret tun kann:

Bürokratie abbauen

Genehmigungen, Anmeldungen und Bauanträge müssen einfacher, transparenter und schneller bearbeitet werden. Das entlastet Unternehmen und macht Investitionen planbarer.

Ein städtischer Online-Beratungsbereich für wirtschaftliche und steuernahe Themen (z. B. bei Zahlungsengpässen, Antragsverfahren, Förderprogrammen) kann erste Orientierung geben – keine Konkurrenz zu Lohnsteuerhilfevereinen oder Banken, sondern eine bürgerfreundliche Ergänzung.

Standortpolitik verbessern

Gewerbeflächen müssen verfügbar, erschwinglich und planungssicher sein. Das gilt auch für Mieten und Energiekosten, die überregionale Wettbewerbsfähigkeit beeinflussen.

Innenstadt und Vororte stärken

Eine lebendige Stadt braucht belebte Quartiere. Der Einzelhandel, kleine Dienstleister und kulturelle Angebote müssen wieder eine Perspektive bekommen – in der Innenstadt genauso wie in Vororten wie Hasten. Verfallende Gebäude und Leerstand an zentralen Punkten schaden dem Stadtbild und dem Miteinander.

Wir setzen uns für ein wirtschaftsfreundliches Umfeld ein, in dem sowohl Unternehmen als auch Fachkräfte eine echte Perspektive sehen. Wachstum, Innovation und lokale Verwurzelung müssen wieder die Leitlinien kommunaler Wirtschaftspolitik werden.

Zivilgesellschaftliches Engagement fördern: Der Zusammenhalt in der Stadtgemeinschaft kann durch bürgerschaftlich getragene Initiativen gestärkt werden – etwa durch Netzwerke zwischen Unternehmern und Bürgern, die sich gemeinsam für die Verbesserung der Stadt einsetzen. Wir regen an, lokale Ideenplattformen zu schaffen, in denen konkrete Projekte, Bedarfe und Hilfen zusammengebracht werden – zur Förderung eines lebendigen, solidarischen Remscheids.

Digital und analog in die Zukunft

Die Digitalisierung hat die Welt bereits erheblich verändert. Sie umfasst alle Bereiche: Arbeit, Bildung, Wissenschaft, Konsum, kommunale Verwaltung.

Die Digitalisierung bietet erhebliche Chancen und kann Abläufe vereinfachen, gegebenenfalls optimieren. Sie ist in vielen Arbeitsprozessen unentbehrlich geworden.

Ob ein KI-Chatbot auch für die Kommune, z. B. auf der Webseite der Stadt Remscheid, für die Bürger hilfreich sein kann, muss geprüft werden.

Künstliche Intelligenz kann jedoch niemals zwischenmenschliche Interaktionen ersetzen und so auch nicht die Identifikation der Menschen mit ihrer Stadt verbessern.

KI kann sicherlich bei der Terminvergabe und bei notwendigen Formularen hilfreich sein, darf aber nicht das Gespräch zwischen Mitarbeitern der Stadt und Bürgern ersetzen. Die kommunale Verwaltung muss daher neben funktionierenden digitalen Portalen immer auch analoge Präsenz für die Bürger bieten. Wenn ein Bürger anruft, muss er einen zuständigen Gesprächspartner finden, ohne zwangsweise mit einem Bot kommunizieren zu müssen.

Jeder Bürger hat auch das Recht auf ein analoges Leben. Neben zuverlässigen Telefonzeiten, die angeboten werden müssen, setzen wir uns daher auch für Bürgerbüros in den Stadtteilen ein, wo Ansprechpartner der Stadt die Bürger bei ihren Anliegen unterstützen. Die Präsenz der Verwaltung in den Stadtteilen ist ein wesentlicher Faktor für eine lebenswerte Stadt, die die Bürger dabei unterstützt, notwendige Prozesse zu erledigen.

Mensch und Tier

Die Alternative für Deutschland in Remscheid setzt sich dafür ein, die positiven Aspekte der Tierhaltung zu fördern und dadurch die Lebensqualität unserer Bürgerinnen und Bürger zu verbessern. Wir sind überzeugt, dass Tiere in vielfältiger Weise das Leben bereichern: Für Kinder ist der Umgang mit einem Lebewesen eine wertvolle Erfahrung, die Verantwortungsbewusstsein und einen liebevollen Umgang vermittelt. Für ältere Menschen sind Tiere wie Lebenspartner, die Einsamkeit lindern und das soziale Miteinander fördern. Ein Hund beispielsweise hilft, Kontakte zu knüpfen, und sorgt für einen strukturierten Tagesablauf, der dazu beiträgt, das Leben aktiver zu gestalten. Wir setzen uns dafür ein, dass die Hundesteuer in unserer Stadt maßvoll festgelegt wird. Sie sollte nicht willkürlich nach Kassenlage erhöht werden, sondern besonders soziale Aspekte berücksichtigen. Das Halten eines Hundes soll für Familien und ältere Menschen stets finanzierbar bleiben, um Tierhaltung als bereichernde Erfahrung für alle zugänglich zu machen. Gemeinsam wollen wir eine tierfreundliche Stadt gestalten, in der Mensch und Tier im Einklang leben können.

Infrastruktur für ein funktionierendes Remscheid

Eine gut funktionierende städtische Infrastruktur ist das Rückgrat einer lebenswerten Stadt. Sie betrifft den Alltag aller Bürger – vom Berufsverkehr über den Nahverkehr bis hin zur Energieversorgung und Abfallentsorgung. Wir setzen uns daher für eine pragmatische, bürgernahe und verantwortungsvolle Infrastrukturpolitik ein.

Straßen und Verkehr

Städtische Straßen sind regelmäßig zu kontrollieren und in einem verkehrssicheren und funktionstüchtigen Zustand zu halten. Wir fordern, dass Sanierungsmaßnahmen regelmäßig überprüft und durchgeführt werden – und nicht nur kurz vor Kommunalwahlen geplant werden. Nur durch eine nachhaltige Instandhaltung kann ein teurer Sanierungstau verhindert werden. Ferner fordern wir einen deutlichen Hinweis an allen Baustellen zur voraussichtlichen Dauer der Baumaßnahmen, um die Verkehrsteilnehmer vor Ort zu informieren.

ÖPNV und Individualverkehr

Wir sehen den öffentlichen Nahverkehr und den Individualverkehr als gleichwertige Bestandteile städtischer Mobilität. Eine Benachteiligung des einen zugunsten des anderen lehnen wir ab. Die einseitige Förderung wenig praxistauglicher Maßnahmen – wie etwa der Einsatz von E-Bussen, die weder in Reichweite noch in Wirtschaftlichkeit überzeugen – halten wir für falsch! Der ÖPNV muss effizient, zuverlässig und bürgerfreundlich ausgestaltet werden.

Radverkehr

Radverkehr muss sicher und sinnvoll ermöglicht werden. Wir setzen auf praxismgerechte Radwege, die tatsächliche Sicherheit bieten. Aufgemalte Streifen auf der Straße ohne Schutzfunktion lehnen wir ab – sie erzeugen ein trügerisches Sicherheitsgefühl und gefährden Radfahrer mehr, als sie ihnen nützen.

Energieversorgung

Die Sicherheit und Zuverlässigkeit der Strom- und Gasnetze muss jederzeit gewährleistet sein. In Zeiten steigender Anforderungen durch Elektromobilität und Digitalisierung darf die Infrastruktur nicht hinterherhinken. Hier muss die Stadt vorausschauend planen und handeln. Das bedeutet auch, die Energieversorgung auf einen breiten Energiemix auszurichten und die Infrastruktur weiterhin vorzuhalten.

Abfallentsorgung

Auch bei der Müllentsorgung sehen wir Nachbesserungsbedarf: Die Aufstellorte für Glas- und Recyclingcontainer müssen so gewählt werden, dass sie den Verkehrsfluss nicht behindern – insbesondere an Ausfahrten und Kreuzungen. Zudem ist eine bedarfsgerechte und regelmäßige Leerung zu garantieren. Überfüllte Container beeinträchtigen nicht nur das Stadtbild, sondern führen auch zu illegaler Müllentsorgung. Hier sind effektive Maßnahmen zur Anpassung erforderlich.

Sicherheit

Mehr Präsenz, mehr Transparenz, mehr Miteinander

Ein sicheres Remscheid ist die Grundlage für Lebensqualität und sozialen Zusammenhalt.

Dabei ist das subjektive Sicherheitsgefühl der Bürger ebenso wichtig wie objektive Kriminalitätsstatistiken. Wir setzen uns für eine Sicherheitspolitik ein, die auf Nähe, Klarheit und gezielter Prävention beruht.

Bürgernahe Präsenz stärken

Wir sprechen uns dafür aus, im Dialog mit der Polizei eine **verstärkte Präsenz zu Fuß oder mit dem Fahrrad in der Innenstadt und den Stadtteilen** zu erreichen. Polizeistreifen ausschließlich im Fahrzeug wirken oft distanziert. Persönliche Ansprechbarkeit vor Ort kann dagegen Vertrauen stärken und präventiv wirken.

Wir regen **regelmäßige Strategiegelgespräche zwischen Stadt, Polizei und Ordnungsdienst** an, um besonders sensible Orte und potenzielle Problemzonen gezielt zu analysieren und geeignete Maßnahmen zu entwickeln.

Hotspots gezielt sichern

Bereiche, die nachweislich wiederholt durch Gewalt oder Kriminalität auffallen, sollen **engmaschiger überwacht und mit städtischen Mitteln sicherer gestaltet** werden – z. B. durch bessere Beleuchtung, sichtbare Ordnungskräfte und klare Aufenthaltsregeln. Auch ein stärkeres Zusammenspiel zwischen Polizei und **qualifiziertem Sicherheitspersonal** an sensiblen Orten wie Bahnhöfen oder Einkaufszentren ist wünschenswert – im Rahmen bestehender gesetzlicher Möglichkeiten.

Offenheit und Transparenz

Die Stadtverwaltung sollte **regelmäßig transparent berichten**, in welchen Stadtteilen welche Formen von Gewalt oder Kriminalität auftreten und welche Maßnahmen dagegen ergriffen werden. Das stärkt das Vertrauen in die Behörden und ermöglicht es Bürgern, Gefährdungen besser einzuordnen.

Zivilcourage fördern

Gewaltprävention beginnt im Kleinen. Wir befürworten es, wenn Schulen weiterhin durch ihre eigenen Programme Themen wie **Zivilcourage, psychische und physische Gewalt** altersgerecht aufgreifen. Die Stadt kann begleitend **außerschulische Angebote** unterstützen, die das Bewusstsein für respektvolles Miteinander stärken – z. B. durch Projekte in Jugendzentren oder über Sportvereine.

Natur und Umwelt – Heimat bewahren, Lebensräume schützen

Eine intakte Umwelt ist ein unverzichtbares Gut für Mensch, Tier und Pflanzen – und Teil unserer gewachsenen Heimat. Wir setzen uns daher für den Erhalt und die Pflege unserer Natur- und Kulturlandschaften ein. Dazu gehören eine nachhaltige Nutzung unserer Flächen ebenso wie der Schutz vor ideologisch motivierten Eingriffen.

Der sogenannte „Klimaschutz“ ist in seiner aktuellen Form kein Umweltschutz – er zerstört gewachsene Landschaften, ohne zu einer sicheren, grundlastfähigen Energieversorgung beizutragen. Wir lehnen daher die zunehmende Versiegelung von Naturflächen durch großflächige Solaranlagen ebenso ab wie den flächendeckenden Ausbau von Windkraftanlagen in Wald- und Naherholungsgebieten oder auf landwirtschaftlich genutzten Flächen.

Wir setzen uns für den Erhalt der regionalen Landwirtschaft und die ortsnahe Vermarktung ihrer Produkte ein. Sie dient als Grundlage für Versorgungssicherheit und als Beitrag zum Schutz unserer Kulturlandschaft.

Remscheid ist und bleibt ein Industriestandort.

Doch wir wenden uns entschieden gegen die Ausweisung neuer Industriegebiete in landwirtschaftlich genutzten oder gewässernahen Bereichen – wie etwa auf den sogenannten „Erdbeerfeldern“.

Zugleich fördern wir eine naturnahe, ökologische Landschaftspflege mit heimischen Pflanzenarten, die das Stadtbild bereichern und Lebensraum für Tiere bieten. Unsere Umweltpolitik orientiert sich am Prinzip der Vernunft, am Schutz des Bestehenden und an der Verantwortung für kommende Generationen.

Bürgerbeteiligung und Demokratie

Bürgerbeteiligung

Politik darf nicht über die Köpfe der Menschen hinweg entscheiden

Stadtteilforen statt Fernpolitik

In jedem Stadtteil sollen regelmäßig Bürgerversammlungen stattfinden – zu Themen wie Sicherheit, Bildung oder Infrastruktur. Die Bürger sollen frühzeitig mitreden, nicht erst hinterher vor vollendete Tatsachen gestellt werden. Fragen und Ideen können vorab eingereicht werden.

Voraussetzung ist eine umfassende, ausgewogene Information der Bürger zu den Themen in Tageszeitungen, Pressemitteilungen oder einem Kommunikationskanal, der dafür einzurichten ist. Diese Information muss die unterschiedlichen Positionen aller im Rat vertretenden Parteien wiedergeben.

Frühe Information statt nachträglicher Rechtfertigung

Wir fordern eine Informationspflicht der Verwaltung: Bei Bauprojekten, Flüchtlingsunterkünften oder Verkehrsumbauten müssen alle Pläne **rechtzeitig, transparent und neutral** veröffentlicht werden. Die Bürger haben ein Recht auf Mitsprache – von Anfang an.

Digitale Plattform für echte Mitbestimmung

Wir fordern eine städtische Online-Plattform zur Bürgerbeteiligung. Dort sollen Bürger Vorschläge machen, Projekte kommentieren und an Umfragen teilnehmen können. Keine Symbolpolitik – Rückmeldungen müssen sichtbar in Entscheidungen einfließen.

Politik muss transparent werden – live und nachvollziehbar

Rats- und Ausschusssitzungen sollen live gestreamt oder als Aufzeichnung öffentlich zugänglich sein. Zudem fordern wir ein Bürgerportal mit klarer Darstellung aller Beschlüsse, Projekte, Kosten und Haushaltszahlen. Bürger sollen wissen: Wo fließt ihr Geld hin?

Wirksamkeit und Nachhaltigkeit prüfen

Wir fordern eine öffentliche Nachbetrachtung kommunaler Projekte:

Die tatsächlichen Kosten müssen mit den geplanten verglichen und Abweichungen nachvollziehbar begründet werden.

Gravierende Fehlkalkulationen sind aufzudecken, ihre Ursachen offen darzulegen.

Verträge der Stadt, insbesondere bei Großprojekten, müssen veröffentlicht werden – soweit rechtlich möglich.

Wir wollen Zusatzbelastungen der Stadt durch Missmanagement vermeiden und Verantwortlichkeiten benennen.

Soziales

Ein eigenes Einkommen gibt Sicherheit und Selbstbewusstsein. Daher ist für ein funktionierendes Sozialsystem das Wichtigste, dass viele Menschen ein auskömmliches Einkommen durch Arbeit haben. Arbeitsvermittlung und Eingliederung in den Arbeitsprozess stehen daher für uns an erster Stelle.

Wir setzen zunächst auf Prävention durch Schaffung eines Wirtschaftsstandorts, der viele Menschen in Arbeit bringen kann.

Wir wissen aber auch, dass Menschen durch Schicksalsschläge oder wirtschaftliche Fehlentwicklungen ihren Arbeitsplatz verlieren können. Die Rente ist oft so gering, dass sie durch Grundsicherung im Alter aufgestockt werden muss, obwohl Menschen ihr Leben lang gearbeitet haben.

Daher setzen wir auch hier auf Bürokratieabbau und digitalen und analogen Zugang zu den entsprechenden Leistungen. Gerade ältere Menschen sind bei der Beantragung häufig überfordert und brauchen Unterstützung.

Damit die Sozialkassen den Bedürftigen zur Verfügung stehen, ist es aber auch erforderlich, den Sozialbetrug rigoros zu bekämpfen. Hierbei müssen die Jobcenter unterstützt werden und die Kooperation zwischen den Behörden, insbesondere Jobcenter und Arbeitsamt, muss verbessert werden. Eine personelle Aufstockung und gezielte Schulung sind erforderlich.

<https://www.merkur.de/wirtschaft/buergergeld-betrug-weit-verbreitet-immer-mehr-jobcenter-berichten-von-faellen-zr-93779134.html>

(Stand:20.06.2025)

Impressum:

Alternative für Deutschland
Kreisverband Remscheid
c/o AfD NRW
Gladbecker Straße 5
40472 Düsseldorf

Mail: info@afd-remscheid.de
Web: afd-remscheid.de
Mob: 01511 4913494

